

Amtsblatt der Europäischen Union

C 345



Ausgabe
in deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen 21. September 2016

59. Jahrgang

Inhalt

II Mitteilungen

MITTEILUNGEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN STELLEN DER EUROPÄISCHEN UNION

Europäische Kommission

2016/C 345/01	Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss (Sache M.8171 — SEGRO/PSPIB/SELP/TREZZO) ⁽¹⁾	1
---------------	---	---

IV Informationen

INFORMATIONEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN STELLEN DER EUROPÄISCHEN UNION

Rat

2016/C 345/02	Mitteilung an die Personen und Organisationen, die den restriktiven Maßnahmen nach dem Beschluss (GASP) 2015/1333 des Rates und nach der Verordnung (EU) 2016/44 des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Libyen unterliegen	2
2016/C 345/03	Mitteilung an die betroffenen Personen, die den restriktiven Maßnahmen nach der Verordnung (EU) 2016/44 des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Libyen unterliegen	3

Europäische Kommission

2016/C 345/04	Euro-Wechselkurs	4
---------------	------------------------	---

DE

⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR

2016/C 345/05	Mitteilung der Kommission über den Beginn der Anwendung des Regionalen Übereinkommens über Pan-Europa-Mittelmeer-Präferenzursprungsregeln bzw. der Ursprungsprotokolle zur diagonalen Kumulierung zwischen den Vertragsparteien dieses Übereinkommens	5
---------------	---	---

Rechnungshof

2016/C 345/06	Sonderbericht Nr. 22/2016 — „Hilfsprogramme der EU für die Stilllegung kerntechnischer Anlagen in Litauen, Bulgarien und der Slowakei: Seit 2011 wurden Fortschritte erzielt, doch stehen kritische Herausforderungen bevor“	10
---------------	--	----

V *Bekanntmachungen*

VERFAHREN BEZÜGLICH DER DURCHFÜHRUNG DER WETTBEWERBSPOLITIK

Europäische Kommission

2016/C 345/07	Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses (Sache M.8165 — Eneco/Elicio/Norther JV) — Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall ⁽¹⁾	11
---------------	---	----

Berichtigungen

2016/C 345/08	Berichtigung der Bekanntmachung der Einleitung eines Antidumpingverfahrens betreffend die Einfuhren bestimmter warmgewalzter Flacherzeugnisse aus Eisen, nicht legiertem Stahl oder legiertem Stahl mit Ursprung in der Volksrepublik China (ABl. C 58 vom 13.2.2016)	12
2016/C 345/09	Berichtigung der Bekanntmachung der Einleitung eines Antisubventionsverfahrens betreffend die Einfuhren bestimmter warmgewalzter Flacherzeugnisse aus Eisen, nicht legiertem Stahl oder legiertem Stahl mit Ursprung in der Volksrepublik China (ABl. C 172 vom 13.5.2016)	12

⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR

II

(Mitteilungen)

MITTEILUNGEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN STELLEN
DER EUROPÄISCHEN UNION

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss**(Sache M.8171 — SEGRO/PSPiB/SELP/TREZZO)****(Text von Bedeutung für den EWR)**

(2016/C 345/01)

Am 14. September 2016 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates⁽¹⁾ entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Binnenmarkt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden EU-Websites veröffentlicht:

- der Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (<http://ec.europa.eu/competition/mergers/cases/>). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden;
- der Website EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de>). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32016M8171 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.

IV

*(Informationen)*INFORMATIONEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN
STELLEN DER EUROPÄISCHEN UNION

RAT

**Mitteilung an die Personen und Organisationen, die den restriktiven Maßnahmen nach dem
Beschluss (GASP) 2015/1333 des Rates und nach der Verordnung (EU) 2016/44 des Rates über
restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Libyen unterliegen**

(2016/C 345/02)

Den Personen und Organisationen, die in den Anhängen II und IV des Beschlusses (GASP) 2015/1333 des Rates ⁽¹⁾, durchgeführt durch den Durchführungsbeschluss (GASP) 2016/1694 des Rates ⁽²⁾, und in Anhang III der Verordnung (EU) 2016/44 des Rates ⁽³⁾, durchgeführt durch die Durchführungsverordnung (EU) 2016/1687 des Rates ⁽⁴⁾ über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Libyen aufgeführt sind, wird Folgendes mitgeteilt:

Nach Überprüfung der in den vorgenannten Anhängen enthaltenen Liste der benannten Personen und Organisationen hat der Rat der Europäischen Union entschieden, dass die im Beschluss 2011/137/GASP des Rates ⁽⁵⁾ und in der Verordnung (EU) Nr. 204/2011 des Rates ⁽⁶⁾ vorgesehenen restriktiven Maßnahmen für diese Personen und Organisationen weiter gelten sollten.

Die betroffenen Personen und Organisation werden darauf hingewiesen, dass sie bei den zuständigen Behörden des bzw. der betreffenden Mitgliedstaaten (siehe Websites in Anhang IV der Verordnung (EU) 2016/44 des Rates) beantragen können, dass ihnen die Verwendung eingefrorener Gelder zur Deckung ihrer Grundbedürfnisse oder für bestimmte Zahlungen genehmigt wird (vgl. Artikel 8 der Verordnung).

Die betroffenen Personen und Organisationen können beim Rat unter Vorlage von entsprechenden Nachweisen **vor dem 1. Juni 2017** beantragen, dass der Beschluss, sie in die genannte Liste aufzunehmen, überprüft wird. Entsprechende Anträge sind an folgende Anschrift zu richten:

Rat der Europäischen Union
Generalsekretariat
GDC 1C
Rue de la Loi/Wetstraat 175
1048 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

E-Mail: sanctions@consilium.europa.eu

Den eingegangenen Bemerkungen wird bei der gemäß Artikel 17 Absatz 2 des Beschlusses (GASP) 2015/1333 des Rates und Artikel 21 Absatz 6 der Verordnung (EU) 2016/44 durchzuführenden regelmäßigen Überprüfung der Liste der benannten Personen und Organisationen durch den Rat Rechnung getragen.

⁽¹⁾ ABl. L 206 vom 1.8.2015, S. 34.

⁽²⁾ ABl. L 255 vom 21.9.2016, S. 33.

⁽³⁾ ABl. L 12 vom 19.1.2016, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. L 255 vom 21.9.2016, S. 12.

⁽⁵⁾ ABl. L 58 vom 3.3.2011, S. 53.

⁽⁶⁾ ABl. L 58 vom 3.3.2011, S. 1.

Mitteilung an die betroffenen Personen, die den restriktiven Maßnahmen nach der Verordnung (EU) 2016/44 des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Libyen unterliegen

(2016/C 345/03)

Die betroffenen Personen werden gemäß Artikel 12 der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽¹⁾ auf folgende Informationen hingewiesen:

Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung ist die Verordnung (EU) 2016/44 des Rates ⁽²⁾.

Der für diese Verarbeitung Verantwortliche ist der Rat der Europäischen Union, vertreten durch den Generaldirektor der Generaldirektion C (Auswärtige Angelegenheiten, Erweiterung und Katastrophenschutz) des Generalsekretariats des Rates, und die mit der Verarbeitung betraute Stelle ist das Referat 1C, das unter folgender Anschrift kontaktiert werden kann:

Rat der Europäischen Union
Generalsekretariat
GD C 1C
Rue de la Loi/Wetstraat 175
1048 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

E-Mail: sanctions@consilium.europa.eu

Ziel der Verarbeitung ist die Erstellung und Aktualisierung der Liste der Personen, die gemäß der Verordnung (EU) 2016/44 restriktiven Maßnahmen unterliegen.

Die betroffenen Personen sind die natürlichen Personen, die die Kriterien für die Aufnahme in die Liste gemäß dieser Verordnung erfüllen.

Die erhobenen personenbezogenen Daten umfassen die zur korrekten Identifizierung der betroffenen Person erforderlichen Daten sowie die Begründung und andere diesbezügliche Daten.

Die erhobenen personenbezogenen Daten können soweit erforderlich mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst und der Europäischen Kommission ausgetauscht werden.

Unbeschadet der in Artikel 20 Absatz 1 Buchstaben a und d der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 vorgesehenen Einschränkungen werden Anträge auf Zugang, Berichtigung oder Widerspruch gemäß Abschnitt 5 des Beschlusses 2004/644/EG des Rates ⁽³⁾ beantwortet.

Die personenbezogenen Daten werden fünf Jahre lang ab dem Zeitpunkt der Streichung der betroffenen Person von der Liste der Personen, deren Vermögenswerte einzufrieren sind, oder ab dem Ende der Gültigkeitsdauer der Maßnahme oder für die Dauer von eventuell begonnenen Gerichtsverfahren gespeichert.

Gemäß der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 können sich die betroffenen Personen an den Europäischen Datenschutzbeauftragten wenden.

⁽¹⁾ ABl. L 8 vom 12.1.2001, S. 1.

⁽²⁾ ABl. L 12 vom 19.1.2016, S. 1.

⁽³⁾ ABl. L 296 vom 21.9.2004, S. 16.

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾

20. September 2016

(2016/C 345/04)

1 Euro =

Währung		Kurs	Währung		Kurs
USD	US-Dollar	1,1184	CAD	Kanadischer Dollar	1,4792
JPY	Japanischer Yen	113,93	HKD	Hongkong-Dollar	8,6753
DKK	Dänische Krone	7,4520	NZD	Neuseeländischer Dollar	1,5220
GBP	Pfund Sterling	0,86213	SGD	Singapur-Dollar	1,5237
SEK	Schwedische Krone	9,5763	KRW	Südkoreanischer Won	1 252,40
CHF	Schweizer Franken	1,0943	ZAR	Südafrikanischer Rand	15,5144
ISK	Isländische Krone		CNY	Chinesischer Renminbi Yuan	7,4604
NOK	Norwegische Krone	9,2648	HRK	Kroatische Kuna	7,5127
BGN	Bulgarischer Lew	1,9558	IDR	Indonesische Rupiah	14 698,01
CZK	Tschechische Krone	27,022	MYR	Malaysischer Ringgit	4,6310
HUF	Ungarischer Forint	309,12	PHP	Philippinischer Peso	53,527
PLN	Polnischer Zloty	4,2975	RUB	Russischer Rubel	72,5141
RON	Rumänischer Leu	4,4513	THB	Thailändischer Baht	38,909
TRY	Türkische Lira	3,3275	BRL	Brasilianischer Real	3,6473
AUD	Australischer Dollar	1,4812	MXN	Mexikanischer Peso	21,9650
			INR	Indische Rupie	74,9620

⁽¹⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.

Mitteilung der Kommission über den Beginn der Anwendung des Regionalen Übereinkommens über Pan-Europa-Mittelmeer-Präferenzursprungsregeln bzw. der Ursprungsprotokolle zur diagonalen Kumulierung zwischen den Vertragsparteien dieses Übereinkommens

(2016/C 345/05)

Zur Anwendung der diagonalen Ursprungskumulierung zwischen den Vertragsparteien⁽¹⁾ des Regionalen Übereinkommens über Pan-Europa-Mittelmeer-Präferenzursprungsregeln⁽²⁾ (im Folgenden: „das Übereinkommen“) teilen die betreffenden Parteien einander über die Europäische Kommission die mit den anderen Parteien vereinbarten Ursprungsregeln mit.

Auf Grundlage dieser Mitteilungen ist aus den beigefügten Tabellen ersichtlich, ab wann eine diagonale Kumulierung Anwendung findet.

Die Datumsangaben in Tabelle 1 beziehen sich auf

- den Beginn der Anwendung der diagonalen Kumulierung auf Grundlage von Anlage I Artikel 3 des Übereinkommens, wenn sich das betreffende Freihandelsabkommen auf das Übereinkommen bezieht. In diesem Fall steht vor dem Datum ein „(C)“;
- den Beginn der Anwendung der Ursprungsprotokolle zur diagonalen Kumulierung, die dem betreffenden Freihandelsabkommen beigefügt sind (in anderen Fällen).

Es sei daran erinnert, dass die diagonale Kumulierung nur zulässig ist, wenn die Partei der Endfertigung und die Partei der Endbestimmung mit allen am Erwerb der Ursprungseigenschaft beteiligten Parteien, d. h. mit den Parteien, in denen die verwendeten Vormaterialien ihren Ursprung haben, Freihandelsabkommen mit denselben Ursprungsregeln geschlossen haben. Vormaterialien mit Ursprung in einer Partei, die kein Abkommen mit der Partei der Endfertigung und der Partei der Endbestimmung geschlossen hat, sind als Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft zu behandeln. Konkrete Beispiele hierfür werden in den Erläuterungen zu den Ursprungsprotokollen Paneuropa-Mittelmeer⁽³⁾ gegeben.

Die Datumsangaben in Tabelle 2 beziehen sich auf das Datum der Anwendung der den Freihandelsabkommen zwischen der EU, der Türkei und den Teilnehmern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses der EU beigefügten Protokolle zu den Ursprungsregeln, die eine diagonale Kumulierung vorsehen. Sobald in ein Freihandelsabkommen zwischen in dieser Tabelle aufgeführten Parteien ein Verweis auf das Übereinkommen aufgenommen wird, ist in Tabelle 1 eine Datumsangabe eingesetzt worden, der ein „C“ vorangestellt ist.

Unter die Zollunion zwischen der EU und der Türkei fallende Vormaterialien mit Ursprung in der Türkei können als Vormaterialien mit Ursprungseigenschaft zum Zweck der diagonalen Kumulierung zwischen der Europäischen Union und den an dem Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess beteiligten Ländern, mit denen Ursprungsprotokolle gelten, behandelt werden.

Für die in der Tabelle genannten Vertragsparteien gelten folgende Codes:

- | | |
|---|-----------|
| — Europäische Union | EU |
| — EFTA-Länder: | |
| — Island | IS |
| — Schweiz (einschließlich Liechtenstein) ⁽⁴⁾ | CH (+ LI) |
| — Norwegen | NO |
| — Färöer | FO |
| — Die Teilnehmer am Barcelona-Prozess: | |
| — Ägypten | EG |
| — Algerien | DZ |

⁽¹⁾ Vertragsparteien sind die Europäische Union, Albanien, Algerien, Bosnien und Herzegowina, Ägypten, die Färöer, Island, Israel, Jordanien, Kosovo (gemäß der Resolution 1244(1999) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen), Libanon, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro, Marokko, Norwegen, Serbien, die Schweiz (einschließlich Liechtensteins), Syrien, Tunesien, die Türkei sowie das Westjordanland und der Gazastreifen.

⁽²⁾ ABl. L 54 vom 26.2.2013, S. 4.

⁽³⁾ ABl. C 83 vom 17.4.2007, S. 1.

⁽⁴⁾ Die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein bilden eine Zollunion.

— Israel	IL
— Jordanien	JO
— Libanon	LB
— Marokko	MA
— Syrien	SY
— Tunesien	TN
— Westjordanland und Gazastreifen	PS
— Türkei	TR
— Die am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess der EU teilnehmenden Staaten:	
— Albanien	AL
— Bosnien und Herzegowina	BA
— ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	MK ⁽¹⁾
— Montenegro	ME
— Serbien	RS
— Kosovo (*)	KO
— Die Republik Moldau	MD

Diese Mitteilung ersetzt die Mitteilung 2016/C 244/04 (Abl. C 244 vom 5.7.2016, S. 10).

(*) Diese Bezeichnung berührt nicht die Standpunkte zum Status und steht im Einklang mit der Resolution 1244 des VN-Sicherheitsrates und dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovo.

(1) ISO-Code 3166. Vorläufiger Code, der der endgültigen Benennung des Landes, die nach Abschluss der laufenden Verhandlungen innerhalb der Vereinten Nationen festgelegt wird, nicht vorgeht.

Tabelle 1

Beginn der Anwendung der Ursprungsregeln zur diagonalen Kumulierung in der Pan-Europa-Mittelmeer-Zone

	EU	EFTA-Länder			Teilnehmer am Barcelona-Prozess											Teilnehmer am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess der EU						
		CH (+LI)	IS	NO	FO	DZ	EG	IL	JO	LB	MA	PS	SY	TN	TR	AL	BA	KO	ME	MK	RS	MD
EU		1.1. 2006 (C) 1.2. 2016	1.1. 2006 (C) 1.5. 2015	1.1. 2006 (C) 1.5. 2015	1.12. 2005 (C) 12.5. 2015	1.11. 2007	1.3. 2006 (C) 1.2. 2016	1.1. 2006	1.7. 2006		1.12. 2005	1.7. 2009		1.8. 2006	(¹)	(C) 1.5. 2015		(C) 1.4. 2016	(C) 1.2. 2015	(C) 1.5. 2015	(C) 1.2. 2015	
CH (+LI)	1.1. 2006 (C) 1.2. 2016		1.8. 2005 (C) 1.7. 2013	1.8. 2005 (C) 1.7. 2013	1.1. 2006		1.8. 2007	1.7. 2005	17.7. 2007	1.1. 2007	1.3. 2005			1.6. 2005	1.9. 2007	(C) 1.5. 2015	(C) 1.1. 2015		(C) 1.9. 2012	1.2. 2016	(C) 1.5. 2015	
IS	1.1. 2006 (C) 1.5. 2015	1.8. 2005 (C) 1.7. 2013		1.8. 2005 (C) 1.7. 2013	1.11. 2005		1.8. 2007	1.7. 2005	17.7. 2007	1.1. 2007	1.3. 2005			1.3. 2006	1.9. 2007	(C) 1.5. 2015	(C) 1.1. 2015		(C) 1.10. 2012	1.5. 2015	(C) 1.5. 2015	
NO	1.1. 2006 (C) 1.5. 2015	1.8. 2005 (C) 1.7. 2013	1.8. 2005 (C) 1.7. 2013		1.12. 2005		1.8. 2007	1.7. 2005	17.7. 2007	1.1. 2007	1.3. 2005			1.8. 2005	1.9. 2007	(C) 1.5. 2015	(C) 1.1. 2015		(C) 1.11. 2012	1.5. 2015	(C) 1.5. 2015	
FO	1.12. 2005 (C) 12.5. 2015	1.1. 2006	1.11. 2005	1.12. 2005																		
DZ	1.11. 2007																					
EG	1.3. 2006 (C) 1.2. 2016	1.8. 2007	1.8. 2007	1.8. 2007					6.7. 2006		6.7. 2006			6.7. 2006	1.3. 2007							

	EFTA-Länder				Teilnehmer am Barcelona-Prozess											Teilnehmer am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess der EU						
	EU	CH (+LI)	IS	NO	FO	DZ	EG	IL	JO	LB	MA	PS	SY	TN	TR	AL	BA	KO	ME	MK	RS	MD
IL	1.1. 2006	1.7. 2005	1.7. 2005	1.7. 2005					9.2. 2006						1.3. 2006							
JO	1.7. 2006	17.7. 2007	17.7. 2007	17.7. 2007			6.7. 2006	9.2. 2006			6.7. 2006			6.7. 2006	1.3. 2011							
LB		1.1. 2007	1.1. 2007	1.1. 2007																		
MA	1.12. 2005	1.3. 2005	1.3. 2005	1.3. 2005			6.7. 2006		6.7. 2006					6.7. 2006	1.1. 2006							
PS	1.7. 2009																					
SY															1.1. 2007							
TN	1.8. 2006	1.6. 2005	1.3. 2006	1.8. 2005			6.7. 2006		6.7. 2006		6.7. 2006				1.7. 2005							
TR	(¹)	1.9. 2007	1.9. 2007	1.9. 2007			1.3. 2007	1.3. 2006	1.3. 2011		1.1. 2006		1.1. 2007	1.7. 2005								
AL	(C) 1.5. 2015	(C) 1.5. 2015	(C) 1.5. 2015	(C) 1.5. 2015													(C) 1.2. 2015	(C) 1.4. 2014				
BA		(C) 1.1. 2015	(C) 1.1. 2015	(C) 1.1. 2015												(C) 1.2. 2015		(C) 1.4. 2014	(C) 1.2. 2015	(C) 1.2. 2015	(C) 1.2. 2015	(C) 1.4. 2014
KO	(C) 1.4. 2016															(C) 1.4. 2014	(C) 1.4. 2014		(C) 1.4. 2014	(C) 1.4. 2014	(C) 1.4. 2014	(C) 1.4. 2014
ME	(C) 1.2. 2015	(C) 1.9. 2012	(C) 1.10. 2012	(C) 1.11. 2012												(C) 1.4. 2014	(C) 1.2. 2015	(C) 1.4. 2014		(C) 1.4. 2014	(C) 1.4. 2014	(C) 1.4. 2014
MK	(C) 1.5. 2015	1.2. 2016	1.5. 2015	1.5. 2015												(C) 1.4. 2014	(C) 1.2. 2015	(C) 1.4. 2014	(C) 1.4. 2014		(C) 1.4. 2014	(C) 1.4. 2014

	EFTA-Länder				Teilnehmer am Barcelona-Prozess										Teilnehmer am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess der EU							
	EU	CH (+LI)	IS	NO	FO	DZ	EG	IL	JO	LB	MA	PS	SY	TN	TR	AL	BA	KO	ME	MK	RS	MD
RS	(C) 1.2. 2015	(C) 1.5. 2015	(C) 1.5. 2015	(C) 1.5. 2015											(C) 1.4. 2014	(C) 1.2. 2015	(C) 1.4. 2014	(C) 1.4. 2014	(C) 1.4. 2014	(C) 1.4. 2014		(C) 1.4.2014
MD															(C) 1.4. 2014	(C) 1.4. 2014	(C) 1.4. 2014	(C) 1.4. 2014	(C) 1.4. 2014	(C) 1.4. 2014		

(¹) Für Waren, die unter die Zollunion EU-Türkei fallen, ist das Beginndatum der 27. Juli 2006.
Für landwirtschaftliche Erzeugnisse ist das Beginndatum der 1. Januar 2007.
Für Kohle und Stahlerzeugnisse ist das Beginndatum der 1. März 2009.

Tabelle 2

Beginn der Anwendung der Protokolle zu den Ursprungsregeln, die eine diagonale Kumulierung zwischen der Europäischen Union, Albanien, Bosnien und Herzegowina, dem Kosovo, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Montenegro, Serbien und der Türkei vorsehen

	EU	AL	BA	KO	MK	ME	RS	TR
EU		1.1.2007	1.7.2008	1.4.2016	1.1.2007	1.1.2008	8.12.2009	(¹)
AL	1.1.2007		22.11.2007	1.4.2014	26.7.2007	26.7.2007	24.10.2007	1.8.2011
BA	1.7.2008	22.11.2007		1.4.2014	22.11.2007	22.11.2007	22.11.2007	14.12.2011
KO	1.4.2016	1.4.2014	1.4.2014		1.4.2014	1.4.2014	1.4.2014	
MK	1.1.2007	26.7.2007	22.11.2007	1.4.2014		26.7.2007	24.10.2007	1.7.2009
ME	1.1.2008	26.7.2007	22.11.2007	1.4.2014	26.7.2007		24.10.2007	1.3.2010
RS	8.12.2009	24.10.2007	22.11.2007	1.4.2014	24.10.2007	24.10.2007		1.9.2010
TR	(¹)	1.8.2011	14.12.2011		1.7.2009	1.3.2010	1.9.2010	

(¹) Für Waren, die unter die Zollunion EU-Türkei fallen, ist das Anfangsdatum der 27. Juli 2006.

RECHNUNGSHOF

Sonderbericht Nr. 22/2016

„Hilfsprogramme der EU für die Stilllegung kerntechnischer Anlagen in Litauen, Bulgarien und der Slowakei: Seit 2011 wurden Fortschritte erzielt, doch stehen kritische Herausforderungen bevor“

(2016/C 345/06)

Der Europäische Rechnungshof teilt mit, dass der Sonderbericht Nr. 22/2016 „Hilfsprogramme der EU für die Stilllegung kerntechnischer Anlagen in Litauen, Bulgarien und der Slowakei: Seit 2011 wurden Fortschritte erzielt, doch stehen kritische Herausforderungen bevor“ soeben veröffentlicht wurde.

Der Bericht kann auf der Website des Europäischen Rechnungshofs (<http://eca.europa.eu>) oder auf der Website des EU-Bookshop (<https://bookshop.europa.eu>) abgerufen bzw. von dort heruntergeladen werden.

V

(Bekanntmachungen)

VERFAHREN BEZÜGLICH DER DURCHFÜHRUNG DER
WETTBEWERBSPOLITIK

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses

(Sache M.8165 — Eneco/Elicio/Norther JV)

Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2016/C 345/07)

1. Am 12. September 2016 ist die Anmeldung eines Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen. Danach ist Folgendes beabsichtigt: Das Unternehmen Eneco Wind Belgium NV („EWB“, Belgien), das der Unternehmensgruppe Eneco angehört, und das Unternehmen Elnu NV („Elnu“, Belgien), das von Nethys SA kontrolliert wird, übernehmen im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 4 der Fusionskontrollverordnung durch Erwerb von Anteilen an einem neu gegründeten Gemeinschaftsunternehmen die gemeinsame Kontrolle über Norther NV („Norther“, Belgien).
2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:
 - EWB erzeugt in Belgien Strom aus Windenergie. Das Unternehmen ist an Onshore- und Offshore-Windparkprojekten beteiligt und betreibt solche Anlagen. Im Onshore-Bereich ist EWB in der Entwicklung und im Betrieb von Windparks tätig, im Offshore-Bereich in Belgien derzeit ausschließlich in der Entwicklung.
 - Elnu ist eine 100 %ige Tochtergesellschaft von Elicio NV („Elicio“). In Belgien ist Elicio (über seine Tochtergesellschaften) in der Stromerzeugung in Onshore-Windparks und der Entwicklung verschiedener Projekte in den Bereichen Biomasseerzeugung und Windenergie (einschließlich Offshore-Windparks) tätig. Elicio ist eine Tochtergesellschaft der Nethys SA.
 - Norther NV wird einen eigenen Windpark in der Nordsee betreiben und instand halten.
3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor. Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über ein vereinfachtes Verfahren für bestimmte Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽²⁾ infrage.
4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Sie können der Europäischen Kommission unter Angabe des Aktenzeichens M.8165 — Eneco/Elicio/Norther JV per Fax (+32 22964301), per E-Mail (COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu) oder per Post an folgende Anschrift übermittelt werden:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).

⁽²⁾ ABl. C 366 vom 14.12.2013, S. 5.

BERICHTIGUNGEN

Berichtigung der Bekanntmachung der Einleitung eines Antidumpingverfahrens betreffend die Einfuhren bestimmter warmgewalzter Flacherzeugnisse aus Eisen, nicht legiertem Stahl oder legiertem Stahl mit Ursprung in der Volksrepublik China

(Amtsblatt der Europäischen Union C 58 vom 13. Februar 2016)

(2016/C 345/08)

Seite 9, Nummer 2:

Anstatt: „Bei der von der Untersuchung betroffenen Ware handelt es sich um warmgewalzte Flacherzeugnisse aus Eisen, nicht legiertem Stahl oder legiertem Stahl (ausgenommen rostfreier Stahl), auch in Rollen (Coils) (auch zugeschnittene Waren und Kaltband („narrow strip“), nur warmgewalzt (warmgewalzte Flacherzeugnisse), weder plattiert noch überzogen, ausgenommen kornorientierter Siliciumelektrostahl (im Folgenden ‚zu untersuchende Ware‘).“

muss es heißen: „Bei der von der Untersuchung betroffenen Ware handelt es sich um warmgewalzte Flacherzeugnisse aus Eisen, nicht legiertem Stahl oder legiertem Stahl (ausgenommen rostfreier Stahl), auch in Rollen (Coils) (auch zugeschnittene Waren und Schmalband („narrow strip“), nur warmgewalzt (warmgewalzte Flacherzeugnisse), weder plattiert noch überzogen, ausgenommen kornorientierter Siliciumelektrostahl (im Folgenden ‚zu untersuchende Ware‘).“

Berichtigung der Bekanntmachung der Einleitung eines Antisubventionsverfahrens betreffend die Einfuhren bestimmter warmgewalzter Flacherzeugnisse aus Eisen, nicht legiertem Stahl oder legiertem Stahl mit Ursprung in der Volksrepublik China

(Amtsblatt der Europäischen Union C 172 vom 13. Mai 2016)

(2016/C 345/09)

Seite 29, Nummer 2:

Anstatt: „Bei der von der Untersuchung betroffenen Ware handelt es sich um warmgewalzte Flacherzeugnisse aus Eisen, nicht legiertem Stahl oder legiertem Stahl (ausgenommen rostfreier Stahl), auch in Rollen (Coils) (auch zugeschnittene Waren und Kaltband („narrow strip“), nur warmgewalzt (warmgewalzte Flacherzeugnisse), weder plattiert noch überzogen, ausgenommen kornorientierter Siliciumelektrostahl (im Folgenden ‚zu untersuchende Ware‘).“

muss es heißen: „Bei der von der Untersuchung betroffenen Ware handelt es sich um warmgewalzte Flacherzeugnisse aus Eisen, nicht legiertem Stahl oder legiertem Stahl (ausgenommen rostfreier Stahl), auch in Rollen (Coils) (auch zugeschnittene Waren und Schmalband („narrow strip“), nur warmgewalzt (warmgewalzte Flacherzeugnisse), weder plattiert noch überzogen, ausgenommen kornorientierter Siliciumelektrostahl (im Folgenden ‚zu untersuchende Ware‘).“

